

GRÜNE KRITIK / Die Grüne Verkehrssprecherin Grete Krojer erhebt Vorwürfe gegen Land, Bund und Asfinag, Bieler kontert.

Freunderlwirtschaft S31?

VO SIGRID WEISS

SCHÜTZEN / Rote Freunderlwirtschaft und Missbrauch von Steuergeldern wirft die Grüne Verkehrssprecherin Grete Krojer den SPÖ-Politikern Hans Niessl und Werner Faymann vor: „Landeshauptmann Niessl hat öffentlich bestätigt, dass die burgenländischen Schnellstraßen- und Autobahnprojekte aufgrund der „besonders guten Kontakte“ zur Asfinag vorgereicht wurden. Freunderlwirtschaft ist also noch immer „in“, attackiert Grete Krojer die Ausbaupläne.

Das Land sei für den Bau und die Finanzierung lokaler Ortsumfahrungen zuständig. Bund und Asfinag hingegen für Schnellstraßen und Autobahnen.

Parlamentarische Anfrage an Verkehrsminister Faymann

„Wir Grünen haben an Verkehrsminister Werner Faymann und Landeshauptmann Niessl parlamentarische Anfragen betreffend den Ausbau der S31 Abschnitt Schützen gestellt. Beim Weiterbau der S31 im Abschnitt Schützen handelt es sich, das



Kritikerin des S31-Ausbaus. Grete Krojer sieht Widersprüche.

geht aus den Anfragebeantwortungen hervor, um eine Straße, mit Funktion einer lokalen Ortsumfahrung. Was bedeutet das? Für uns Grüne heißt das, dass sich das Land vom Bund gesetzwidrig eine zehn Kilometer lange Ortsumfahrung bauen und zahlen lässt“, so Krojer. „Und das, obwohl der Rechnungshof den enormen Schuldenstand und die Spekulationsgeschäfte der Asfinag öffentlich kritisierte.“

Derzeit beträgt der Schuldenstand der Asfinag rund zehn Milliarden Euro. Bis 2020 wird er sich laut Rechnungshof auf bis zu 20 Milliarden Euro verdoppeln.

SPÖ Landesrat Bieler: „Verunsicherung, Unsinn...“

Der zuständige SPÖ Straßenbau-Landesrat Helmut Bieler kontert scharf: „Die Umfahrung Schützen wurde schon 2001 in den Generalverkehrsplan aufgenommen, und damit war sie vom Bund zu finanzieren. Damals gab es Minister Faymann überhaupt noch nicht. Die Schütznener wollten diese Straße unbedingt haben. Was jetzt passiert ist eine Verunsicherung und ein völliger Unsinn. Mangels anderer gescheiter Themen vor der Wahl versucht die grüne Klubobfrau hier etwas zu konstruieren und aufzuspielen, weil sie anscheinend zu anderen Themen keinen Zugang findet.“ Mit der Aufnahme in den Generalverkehrsplan sei die Umfahrung, die nun als zweispurige, bemauerte Variante geplant ist, sehr wohl gesetzlich, so Bieler weiter.